



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	248
Versicherungsschutz	249
– Serienschaden (BGH Urt.v. 15. 5. 1991 – IV ZR 85/90)	
Haftung des Steuerberaters	251
– Verjährungsbeginn von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG	
– Außenprüfung	
– Schaden außerhalb des Prüfungszeitraums (BGH Urt.v. 6. 6. 1991 – IX ZR 195/90)	
Haftung des Steuerberaters	258
– rechtskräftige Schätzung	
– unterlassene Beratung über Wiedereinsetzungsmöglichkeit oder Antrag auf Billigkeitserlaß (OLG Düsseldorf Urt.v. 18. 10. 1990 – 18 U 92/90 – rkr.)	
Haftung des Steuerberaters	262
– Auftragsinhalt	
– Lohnsteuerprüfung, Betriebsprüfung	
– Lohnbuchhaltung des Mandanten (OLG Köln Urt.v. 8. 5. 1991 – 11 U 279/90 – rkr.)	
Haftung des Treuhänders	265
– Haftungsausschluß auf grobe Fahrlässigkeit	
– Verjährungsverkürzung	
– Bindung an Vertragsentwürfe (OLG Hamm Urt.v. 25. 2. 1988 – 21 U 195/87)	

GI Leitsätze

Lohnsteuerhilfverein / Steuerberatungsgesellschaft / Vertretungsbefugnis

Lohnsteuerhilfvereine und andere juristische Personen (z. B. Steuerberatungsgesellschaften) sind vor den Finanzgerichten vertretungsbefugt.

BFH Urt.v. 22.1.1991 – X R 107/90 – DStR 1991, 662

Rechtsanwalt- und Steuerberater / Anwaltszulassung / Geschäftsführertätigkeit

Die Tätigkeit eines Steuerberaters als Gesellschafter und einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer einer Steuerberatungs-GmbH kann mit dem Beruf eines Rechtsanwalts vereinbart sein.

BGH Beschl.v. 27.5.1991 – AnwZ (B) 8/91, ZIP 1991, 1006

Anwaltshaftung / Mitverschulden des Mandanten / Rechtskraft

Ist die arbeitsrechtliche Statusfrage eines freien Mitarbeites einer Rundfunk- und Fernsehanstalt gegen die Anstalt aufgrund fehlerhafter Prozeßführung seines Bevollmächtigten rechtskräftig abgewiesen worden, so ist dem freien Mitarbeiter im Hinblick auf die ihm obliegende Schadenminderungspflicht zuzumuten, die Anstalt erneut auf Feststellungen zu verklagen, daß er zu ihr in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehe.

BGH Urt.v. 23.5.1991 – III ZR 73/90 – EWiR § 255 BGB 2/91 767 (Grunsky)

Provisionen an Steuerberater / Herausgabe von Provisionen

1. Rät ein Steuerberater seinem Mandanten, zur Steuerersparnis bei einer bestimmten Anlagegesellschaft Kommanditanteile zu zeichnen, und verschweigt er damit zusammenhängende Zuwendungen der Gesellschaft an ihn, so kann der Mandant Herausgabe dieser Zuwendungen (Provisionen u. a.) verlangen.
2. Veranstaltet die Anlagegesellschaft eine kostenlose USA-Besichtigungsreise für Steuerberater, die ihre wirtschaftliche Erklärung allein in der werbewirksamen Gewinnung von Anlageempfehlungen durch die eingeladenen Steuerberater gegenüber ihrer Klienten für den anstehenden Anteilsvertrieb findet, dann hat der Steuerberater seinem Mandanten auch den Wert dieser Reise zu vergüten.
3. Eine solche Reise ist ein standeswidriger Vorwegvorteil für alle dann vom Steuerberater empfohlenen Anlagen. Insoweit steht allen betroffenen Anlegern ein Gesamtgläubigeranspruch auf den Gesamtwert der Reise zu.
OLG Koblenz Urt.v. 18.12.1990 – 3 U 827/89 – NJW RR 1991, 921

Versicherungsschutz

– Serienschaden

(BGH Urt.v. 15. 5. 1991 – IV ZR 85/90, VersR 1991, 873 –
Vorinstanz: OLG Köln Urt.v. 15. 2. 1990 – 5 U 212/89 – GI 1990, 251
LG Aachen Urt.v. 11. 5. 1988 – 9 O 653/88)

Leitsatz:

Wenn ein Steuerberater in Verkennung des Steuertatbestands in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren bei Abgabe der Jahressteuererklärung seinen Mandanten nicht darauf hinweist, daß wegen einer neben der freiberuflichen Tätigkeit ausgeübten gewerblichen Tätigkeit die gesamte Tätigkeit gewerbesteuerpflichtig ist, liegen mehrere Verstöße i.S.v. § 3 II Nr. 2 AVB-WB und damit mehrere deckungspflichtige Schadensfälle vor.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Die Erstellung der Jahressteuererklärung verpflichtet, für jedes Steuerjahr über vermeidbare Steuertatbestände zu belehren. Der jährliche Prüfungs- und Belehrungsfehler begründet jeweils einen Versicherungsfall (d. h. kein Dauerverstoß).
2. Die Versicherungsfälle begründen für jedes Jahr einen neuen Schaden (d. h. kein einheitlicher Schaden).
3. Die verjährungsrechtliche Behandlung – einheitlicher Verjährungsbeginn im Zeitpunkt der Außenprüfung – führt nicht dazu, daß die Summe der für die Veranlagungsjahre nacherhobenen Steuern als einheitlicher Schaden anzusehen ist.
4. Die jährlichen Steuererklärungen stehen weder in einem rechtlichen noch in einem wirtschaftlichen Zusammenhang gem. § 3 Abs. II Zif. 2 c Abs. 2 AVB-WB.

Aus den Gründen:

1.

Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts bezog sich das Fehlverhalten des Klägers nicht auf eine die jährlichen Einzeltätigkeiten des Klägers übergreifende generelle Grundsatzfrage, die nur einmal zu Beginn der Tätigkeit des Klägers zu prüfen und zu entscheiden war. Da der Kläger in jedem Jahr erneut mit der Erledigung der steuerrecht-

lichen Angelegenheiten der X. beauftragt wurde, bestand für ihn die Verpflichtung und die Möglichkeit, **für jedes Steuerjahr auf die Gewerbesteuerpflicht hinzuweisen**. Diese Verpflichtung hat er in jedem Jahr erneut dadurch verletzt, daß er in Unkenntnis der finanzgerichtlichen Rechtsprechung nicht darauf hinwies, daß Gewerbesteuer anfalle. Es liegt daher **kein Dauerverstoß** vor, sondern ein Fehler, der in jedem Jahr erneut begangen wurde. Daher ist jeweils von einem neuen Versicherungsfall auszugehen, nicht aber von einem Dauerverstoß, der fortgewirkt hat und lediglich nicht korrigiert wurde.

2. In seiner Hilfsbegründung führt das Berufungsgericht aus, wenn man Jahr für Jahr einen gesonderten Verstoß annehme, seien die Voraussetzungen des § 3 II Nr. 2 b AVB-WB gegeben, weil dann ein aus mehreren Verstößen stammender einheitlicher Schaden vorliege. Der Schaden sei erst entstanden, als bei der Betriebsprüfung festgestellt wurde, daß für die Jahre 1972 bis 1980 keine Gewerbesteuer erhoben und gezahlt worden war und eine dementsprechende Nacherhebung veranlaßt und für die Jahre 1973 bis 1980 auch durchgesetzt wurde. Vorher habe lediglich ein „drohender Gefahrenzustand“ bestanden. Auch dieser Ansicht kann nicht gefolgt werden (vgl. zur Serienklausel in der Berufshaftpflichtversicherung von Architekten und Bauingenieuren die Senatsentscheidung vom 28. II. 1990 – IV ZR 184/89 – VersR 91, 175). Hier liegen einzelne neue Verstöße vor, aus denen sich für **jedes einzelne Jahr jeweils ein neuer Schaden ergeben hat**.
3. Die Beklagte kann sich auch nicht mit Erfolg auf § 3 II Nr. 2 c Abs. 2 AVB-WB berufen, da der Kläger in jedem Jahr erneut mit der Erledigung der steuerlichen Angelegenheiten der X. betraut wurde und daher **die einzelnen Steuererklärungen weder in einem rechtlichen noch in einem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen**.
4. Da schon die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 3 II Nr. 2 b und II Nr. 2 c Abs. 2 AVB-WB nicht vorliegen, kommt es auf deren **Vereinbarkeit mit dem AGBG** nicht an. Mit § 3 II Nr. 2 b AVB-WB will die Beklagte mehrere Versicherungsfälle dann wie einen einzigen Versicherungsfall behandeln dürfen, wenn es zu einem einheitlichen Schaden gekommen ist. Zwar ist gemäß ständiger Rechtsprechung des BGH (so BGHZ 73, 363 = VersR 79, 447; Urt. v. 14. .7. 1982 – IVa ZR 10/81 – VersR 82, 1053; v. 4. 4. 1991 – IX ZR 215/90 unter 2 a cc; Gl 1991, 171) der durch Pflichtwidrigkeiten eines Steuerberaters verursachte Schaden im Fall einer Außenprüfung erst dann i. S. d. § 68 StBerG entstanden, wenn aufgrund der Außenprüfung – wie hier – höhere Steuern nacherhoben werden, die nach dem Ergebnis der Außenprüfung ohne den Fehler

des Steuerberaters nicht festgesetzt worden wären. Der Umstand, daß derartige Schäden **für die verjährungsrechtliche Behandlung als erst im Zuge der Außenprüfung entstanden** angesehen werden, führt aber nicht dazu, daß sich aus der Summe der für die überprüften Veranlagungszeiträume nacherhobenen Steuern ein einheitlicher Schaden des Steuerpflichtigen ergeben würde.

Haftung des Steuerberaters

- Verjährungsbeginn von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG
 - Außenprüfung
 - Schaden außerhalb des Prüfungszeitraums
- (BGH Urt.v. 6. 6. 1991 – IX ZR 195/90 – RPKU 1.083/91 – Vorinstanz: OLG Celle, VersR 1991, 784)

Leitsatz:

Führt die Entdeckung eines Fehlers bei einer Außenprüfung einen Schaden für einen Steuerpflichtigen nicht herbei, sondern wird damit nur ein früherer, außerhalb des Prüfungszeitraums begangener Fehler und der damit verbundene Schaden aufgedeckt, dann ist die Außenprüfung für die Entstehung dieses Schadens und damit für die Verjährung unerheblich.

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte war von 1978 bis 1982 als Steuerberater der Kläger mit der Erstellung, Einreichung und Überprüfung von deren Einkommensteuererklärungen betraut.

Der klagende Ehemann hatte 1978 ein Hausgrundstück erworben und zur Finanzierung von Bauarbeiten ein Darlehen von 1,2 Mio. DM bei 96 % Auszahlung aufgenommen. Mit dem 4 %igen Disagio war sein Konto am 11. 9. 1978 belastet worden.

Mit Schreiben vom 8. 1. 1980 baten die Kläger den Beklagten um Überprüfung der Berücksichtigungsfähigkeit der Nettoaufwendungen für das Hausgrundstück bei der Einkommensteuererklärung 1978. Schließlich übersandten sie mit Schreiben vom 9. 2. 1981 für die Steuererklärung 1979 eine Aufstellung der Kosten des Hauserwerbs und führten ausdrücklich aus, das Darlehen sei im September 1978 zu 96 % ausgezahlt worden.

Daraufhin setzte der Beklagte das Disagio in der Steuererklärung 1979 gewinnmindernd bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung ein.

Aufgrund einer 1980 durchgeführten Außenprüfung für die Jahre bis 1978 wurde das steuerpflichtige Einkommen der Kläger für das Jahr 1978 mit am 15. 6. 1981 bestandskräftig gewordenem Steuerbescheid auf DM 42.231 festgesetzt, was eine Einkommens- und Kirchensteuerschuld von zusammen DM 9.716,16 ergab.

Für das Jahr **1979** war das zu versteuernde Einkommen der Kläger zunächst unter dem Vorbehalt der Nachprüfung auf DM 62.212 festgesetzt worden, wobei das Finanzamt das Disagio in Höhe von DM 48.000 entsprechend der vom Beklagten verfaßten Einkommensteuererklärung in Abzug gebracht hatte. Aufgrund einer weiteren, in der Zeit vom 1. 10. 1985 bis 19. 6. 1987 durchgeführten Außenprüfung für den Zeitraum von 1979 bis 1983 erging am 2. 5. 1988 ein neuer Bescheid für 1979, der das Disagio nicht mehr berücksichtigte, weil es zu den Werbungskosten des Jahres 1978 gehöre. Gleichwohl ergab sich wegen verschiedener weiterer, bei der Außenprüfung zutage getretener Änderungen für das Jahr 1979 nunmehr ein Negativeinkommen der Kläger in Höhe von DM 79.162. Ein Teil dieses Negativeinkommens wurde als Verlust noch für 1978 in Abzug gebracht mit der Folge, daß für dieses Jahr mit Bescheid vom 10. 5. 1988 das Einkommen nunmehr auf Null festgesetzt wurde. Das restliche Negativeinkommen des Jahres 1979 wurde als Verlustvortrag im Jahre 1980 berücksichtigt.

Die Kläger begehren vom Beklagten Ersatz des Betrages, den sie für das Jahr 1980 deshalb an höheren Steuern zahlen mußten, weil das Negativeinkommen des Jahres 1979 nicht in vollem Umfang als Verlustvortrag zur Verfügung stand. Diese erhöhten Steueraufwendungen haben sie mit DM 25.677 errechnet, die sie mit der im Dezember 1988 erhobenen Klage geltend machen. Der Beklagte hat die Einrede der Verjährung erhoben.

Die Klage ist in beiden Instanzen erfolglos geblieben. Mit ihrer zugelassenen Revision verfolgen die Kläger ihr Zahlungsbegehren weiter.

Aus den Gründen:

- I. Das Berufungsgericht ist der Auffassung, zwischen den Parteien habe ein Dienstvertrag bestanden, dessen Pflichten der Beklagte verletzt habe. Denn er sei bereits aufgrund des Schreibens der Kläger vom 8. 1. 1980, spätestens jedoch nach Erhalt des Schreibens vom 9. 2. 1981 verpflichtet gewesen, den Sachverhalt wegen der Aufwendungen für

das Hausgrundstück aufzuklären. Dabei habe er objektiv falsch reagiert, indem er die seit 1965 bestehende ständige Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs außer acht gelassen habe, derzufolge das Disagio in dem Zeitpunkt im Sinne des § 11 Abs., 2 EStG als geleistet gelte, in dem das um das Disagio gekürzte Darlehenskapital dem Darlehensnehmer zufließe. Dies sei am 11. 9. 1978 der Fall gewesen; jedenfalls seien unstreitig im Jahre 1978 Teilbeträge des Darlehenskapitals den Klägern zur Verfügung gestellt worden. Ferner sei das Disagio ab dem Zeitpunkt der Einbuchung in das Darlehenskonto zu verzinsen gewesen. Aus der Nichtberücksichtigung des Disagios für 1978 sei den Klägern Schaden entstanden, den der Beklagte schuldhaft verursacht habe.

Diese Ausführungen, die die Revision als ihr günstig hinnimmt, lassen Rechtsfehler nicht erkennen.

- II. 1. Das Berufungsgericht führt weiter aus, der Beklagte berufe sich allerdings zu Recht auf die Einrede der Verjährung; denn die Verjährungsfrist des § 68 StBerG habe infolge des Eintritts der Bestandskraft des geänderten Steuerbescheids für 1978 am 16. 6. 1981 zu laufen begonnen. Seit diesem Zeitpunkt habe für die Kläger keine Möglichkeit mehr bestanden, das Disagio noch für 1978 geltend zu machen. Hierin liege der den Klägern entstandene Schaden, dessen verjährungsunterbrechende Geltendmachung im Wege der Feststellungsklage bereits damals objektiv möglich gewesen sei. Daß der Schaden durch die Außenprüfung für die Jahre 1979 bis 1983 und deren Schlußbesprechung am 19. 6. 1987 aufgedeckt worden sei, bleibe ohne Bedeutung für den Beginn der Verjährung; denn anders als in BGHZ 73, 363, 367 liege hier kein Sachverhalt vor, bei dem die Steuer zunächst so festgesetzt wurde, als habe der Steuerberater richtig gehandelt, und deshalb dem Steuerpflichtigen zunächst kein spürbarer Schaden entstand. Damit, daß die Geltendmachung des Disagios für 1978 am 16. 6. 1981 endgültig verloren gewesen sei, habe nicht nur die Höhe des Einkommens und der Steuerpflicht für 1978 festgestanden, sondern auch schon, daß etwaige Verluste aus 1979 zunächst nach 1978 zurückzuübertragen waren und in diesem Umfang für 1980 steuererhöhend wirken mußten, weil ein entsprechender Verlustvortrag auf das Jahr 1980 nicht mehr möglich sein würde. Dieser Schaden sei durch eine spätere Außenprüfung nicht mehr korrigierbar gewesen. Das Ergebnis der am 19. 6. 1987 beendeten Außenprüfung habe eben nicht zu einer erneuten Entscheidung über das Disagio für 1978, sondern zu dessen Streichung für 1979 geführt, wodurch dies im Ergebnis steuerlich völlig außer Betracht geblieben sei.

2. Diese Ausführungen halten den Angriffen der Revision stand.

a) Zutreffend geht das Berufungsgericht davon aus, daß die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG mit der Entstehung des Schadens beginnt. Das gilt immer, **wenn ein Schaden zumindest dem Grunde nach entstanden ist**, ferner **wenn durch die Verletzungshandlung eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eintritt, ohne daß feststehen muß, ob ein Schaden bestehen bleibt und damit endgültig wird, oder wenn eine solche Verschlechterung der Vermögenslage oder auch endgültiger Teilschaden entstanden ist und mit der nicht entfernt liegenden Möglichkeit des künftigen Auftretens bisher noch nicht erkennbarer, adäquat verursachter Nachteile bei verständiger Würdigung gerechnet werden kann** (Senatsurt. v. 4. 4. 1991 – IX ZR 215/90, GI 1991, 171 = ZIP 1991, 589; BGHZ 100, 228, 231 f m.w.N.). In diesen Fällen ist zur Unterbrechung der Verjährungsfrist zumindest die Erhebung einer Klage auf Feststellung der Verpflichtung, den noch nicht bezifferbaren Schaden zu ersetzen, notwendig (Senatsurt. v. 4. 4. 1991 aaO).

b) Zu Recht ist das Berufungsgericht unter Anwendung dieser Grundsätze zu dem Ergebnis gelangt, daß die Verjährungsfrist des § 68 StBerG am 16. 6. 1981 zu laufen begonnen hat (§ 187 Abs., 1 BGB). Denn wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, hätte das von den Klägern geleistete Disagio angesichts der Regelung des § 11 Abs. 2 EStG allein bei den Einkünften für das Jahr 1978 aus Vermietung und Verpachtung als Teil der Werbungskosten in Ansatz gebracht werden können. Dies ist aus Gründen, die der Beklagte zu vertreten hat, unterblieben. **Infolgedessen konnte nach der am 15. 6. 1981 eingetretenen Bestandskraft des aufgrund der 1980 durchgeführten Außenprüfung ergangenen, geänderten Steuerbescheids für 1978 nicht mehr damit gerechnet werden, daß das Disagio überhaupt noch eine steuermindernde Wirkung entfalten würde. Der nur noch aufgrund der eng gefaßten Ausnahmetatbestände der §§ 172 ff AO abänderbare Steuerbescheid beantwortete die Frage nach der Berücksichtigungsfähigkeit des Disagios endgültig** in einem für die Kläger ungünstigen Sinne.

Damit war entgegen der Ansicht der Revision auf seiten der Kläger bereits **eine Verschlechterung ihrer Vermögenslage und folglich ein materieller Nachteil entstanden**. Dieser lag darin, daß für das Jahr 1978 überhaupt ein steuerpflichtiges Einkommen ermittelt wurde; denn wenn das Disagio in Höhe von DM 48.000 ordnungsgemäß berücksichtigt worden wäre, hätte dies zur Minderung des für 1978 mit DM 42.231 ermittelten Einkommens auf Null führen müssen.

- aa) Der Revision ist zwar zuzugeben, daß die demnach für 1978 ermittelte, bei sachgemäßer Behandlung des Disagios in vollem Umfang vermeidbare Steuerschuld rechnerisch zunächst dadurch ausgeglichen wurde, daß der Beklagte das Disagio fälschlich bei den Werbungskosten des Jahres 1979 geltend gemacht und dadurch eine der Höhe nach zumindest gleiche, im Hinblick auf § 11 Abs. 2 EStG freilich ungerechtfertigte Steuerermäßigung erzielt hatte. Dieser Umstand war auf das Entstehen des Schadenersatzanspruchs jedoch ohne Einfluß. Die Geltendmachung des Disagios im Jahre 1979 hätte allenfalls noch zu einer Beseitigung des Schadens führen können. Die Berücksichtigung des Disagios für das Jahr 1979 war indes unter dem Vorbehalt der Nachprüfung erfolgt, so daß gemäß § 164 Abs. 2 AO bis zum Ablauf der Festsetzungsfrist mit einer Änderung gerechnet werden mußte. Bis zu diesem Zeitpunkt lag eine Aufdeckung des Fehlers und damit eine Beseitigung der nur vorläufigen Schadenkompensation im Bereich des Möglichen. **Infolgedessen war für die Kläger lediglich unsicher, ob sich der bereits entstandene Schaden endgültig manifestieren würde. Eine Feststellungsklage wäre objektiv mit Aussicht auf Erfolg möglich gewesen.**
- bb) Entgegen der Ansicht der Revision ergibt sich für den Zeitpunkt der Entstehung des Schadenersatzanspruchs auch nichts daraus, daß das für 1979 erzielte steuerpflichtige Einkommen zunächst unter dem Vorbehalt der Nachprüfung auf DM 62.212 festgesetzt worden war und erst aufgrund der für den Zeitraum von 1979 bis 1983 durchgeführten Außenprüfung mit Bescheid vom 2. 5. 1988 für 1979 ein Negativeinkommen von DM 79.162 festgestellt wurde. Aufgrund der Vorläufigkeit des für 1979 ergangenen ersten Steuerbescheids lag eine solche Entwicklung im Bereich des Möglichen. Demgegenüber stand als Folge der bestandskräftigen Feststellung des im Jahre 1978 erzielten Einkommens seit dem 15. 6. 1981 endgültig fest, daß dann, wenn es im Jahre 1979 zu Verlusten kommen würde, diese nach der für den entsprechenden Veranlagungszeitraum geltenden Fassung des § 10 d EStG zunächst in das Jahr 1978 zurückübertragen werden mußten und infolgedessen für das Jahr 1980 in Höhe des für 1978 festgestellten Einkommens als steuermindernder Verlustvortrag verloren sein würden.
- c) Zu Recht hat das Berufungsgericht es bei dieser Sachlage abgelehnt, für den Beginn der Verjährungsfrist auf den 19. 6. 1987 als Zeitpunkt der Schlußbesprechung der für die Jahre 1979 bis 1983 durchgeführten Außenprüfung abzustellen.

Demgegenüber zieht die Revision zur Begründung ihres gegenteiligen Standpunkts zu Unrecht die Entscheidung des IVa-Zivilsenats Gl 86, 27 = BGHZ 96, 290 ff heran, derzufolge ein Schadenersatzanspruch durch Steuermehrbelastung erst mit der Schlußbesprechung entstanden sein soll (aaO, S. 296 ff.). Der erkennende Senat hat bereits in seinem Urt.v. 4. 4. 1991 (Gl 91, 171 = ZIP 1991, 589) ausgeführt, daß diese Rechtsprechung in Hinblick auf Wortlaut und Zweck des § 68 StBerG der Einschränkung bedarf. Sie ist – insoweit in Übereinstimmung mit dem VII. und IVa-Zivilsenat (vgl. BGHZ 73, 363; BGH Urt.v. 14. 7. 1982 – IVa ZR 10/81, VersR 1982, 1053) – auf die Fälle zu beschränken, in denen aufgrund einer Außenprüfung höhere Steuern erhoben werden, die ohne den Fehler des Steuerberaters auch nach dem Ergebnis der Außenprüfung nicht festgesetzt worden wären (Senatsurt.v. 4. 4. 1991 aaO).

Darüber hinaus verbietet sich eine Ausweitung auf den hier zu beurteilenden Sachverhalt.

Die bisher höchstrichterlich entschiedenen Fälle, in denen die Schlußbesprechung einer Außenprüfung als Anknüpfungspunkt für den Beginn der Verjährung nach § 68 StBerG bejaht oder jedenfalls erwogen wurde, waren durchweg solche, in denen der durch die Außenprüfung aufgedeckte oder aufzudeckende Fehler dem Steuerberater im entsprechenden Prüfungszeitraum unterlaufen war (vgl. z. B. BGHZ 73 aaO; 83, 17, 21; 96, aaO; BGH Urt.v. 18. 6. 1979 – VII ZR 257/78, BB 1979, 1375; BGH, Urt.v. 13. 3. 1980 – VII ZR 172/79 u. VII ZR 274/79, HFR 1980, 509 und HFR 1980, 391; BGH Urt.v. 14. 7. 1982 – IVa ZR 10/81, aaO; BGH Urt.v. 6. 2. 1985 – IVa ZR 82/83, Gl 20/85 = LM StBerG § 68 Nr. 25; Senatsurt.v. 4. 4. 1991 aaO).

Davon unterscheidet sich die hier zu entscheidende Fallgestaltung grundlegend (a. A. Späth, Der Steuerberater 1985, 323, 327).

Zwar war dem Beklagten im Prüfungszeitraum insoweit ein Fehler unterlaufen, als er das Disagio zu Unrecht für das Jahr 1979 als Teil der Werbungskosten geltend gemacht hatte. Daran knüpft jedoch der von den Klägern erhobene Schadenersatzanspruch nicht an. Denn für sich allein gesehen war den Klägern durch die fehlerhafte Geltendmachung des Disagios für das Jahr 1979 lediglich ein im Hinblick auf § 11 Abs. 2 EStG ungerechtfertigter Vorteil zugewachsen. Auf seinen Bestand konnten sie nicht vertrauen. Die Aufdeckung des für 1979 begangenen Fehlers konnte daher auch keinen Schadenersatzanspruch nach sich ziehen.

Der für den entstandenen Schaden allein maßgebliche Fehler war bereits vor Beginn des Prüfungszeitraums der Außenprüfung für die Jahre 1979 bis 1983 begangen worden und liegt im Unterlassen der Geltendmachung

des Disagios für das Jahr 1978. Wie das Berufungsgericht zu Recht ausführt, hat die Außenprüfung für die Jahre 1979 bis 1983 über diesen Fehler nicht mehr entschieden. Sie hat im Gegenteil auf der seit 15.6.1981 bestandskräftigen Feststellung, derzufolge das Disagio für das Jahr 1978 endgültig unberücksichtigt bleiben mußte, aufgebaut und deshalb dazu geführt, daß die bereits seit dem 16.6.1981 bestehende steuerliche Wirkungslosigkeit des Disagios endgültig erkennbar wurde.

Dieses Risiko, das bereits zu einer Verschlechterung der Vermögenslage der Kläger geführt hatte (vgl. Kolbeck/Peter/Rawald, Kommentar zum Steuerberatungsgesetz § 68 Rdn. 48), **war im Zusammenhang mit der Außenprüfung für die Jahre 1979 bis 1983 nicht mehr zu korrigieren.**

Darin liegt der Unterschied zu den Fällen, in denen die zu einer Nachbesserung führende Schadenursache erst im Prüfungszeitraum gesetzt wurde und in denen gerade aufgrund der Außenprüfung darüber entschieden wird, ob überhaupt ein Fehler vorliegt, der ein erneutes, dem Steuerpflichtigen nachteiliges Aufgreifen des Steuertatbestandes rechtfertigt. Während in diesen Fällen die Außenprüfung durch das erneute Aufgreifen des Steuertatbestandes den Schaden erst herbeiführt, hat vorliegend die Außenprüfung für die Jahre 1979 bis 1983 lediglich zur Entdeckung des schon früher begangenen Fehlers Anlaß gegeben.

Darin liegt jedoch nichts weiteres als die **Kenntniserlangung von einem bereits entstandenen Schaden** (vgl. Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl. Rdn. 892 ff; Kolbeck/Peter/Rawald, aaO, Rdn. 47 ff).

Diese Kenntniserlangung ist für den Beginn der Verjährung des § 68 StBerG unerheblich (BGHZ 73, 363, 365; BGH Urt.v. 21.4.1982 – IVa ZR 291/80 GI 14/82 = BGHZ 83, 17, 19; Senatsurt.v. 4.4.1991 aaO; Gräfe/Lenzen/Rainer, aaO, Rdn. 874; Gehre, StBerG 1981, § 68 Rdn. 10; Kolbeck/Peter/Rawald, aaO, Rdn. 76; Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters 3. Aufl. Rdn. 419; a. A. van Veenroy, Der Betrieb 1981, 2364, 2372). Nach alldem war mit Ablauf des 15.6.1984 und damit vor Klageerhebung Verjährung eingetreten.

Haftung des Steuerberaters

- rechtskräftige Schätzung
- unterlassene Beratung
über Wiedereinsetzungsmöglichkeit
oder Antrag auf Billigkeitserlaß

(OLG Düsseldorf Urt. v. 18. 10. 1990 – 18 U 92/90 – rkr.).

Leitsatz:

Ist der Mandant aufgrund einer Schätzung veranlagt worden, so muß der Steuerberater nach Auffinden eine günstigere Veranlagung rechtfertigender Beweisurkunden alle Möglichkeiten zugunsten des Mandanten ausschöpfen. Hierzu gehören insbesondere Wiedereinsetzungsantrag und Antrag auf Billigkeitserlaß.

Aus den Gründen:

Der Kläger hat seine Pflichten aus dem zwischen den Parteien geschlossenen Steuerberatervertrag schuldhaft verletzt und dadurch dem Vermögen des Geschädigten einen Nachteil jedenfalls in Höhe der Klageforderung zugefügt. Denn er hat versäumt, den Beklagten über die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß § 110 AO hinsichtlich der versäumten Rechtsmittelfrist gegen den Feststellungsbescheid des Finanzamtes vom 11. 9. 1986 aufzuklären und zu beraten. Der Beklagte kann deshalb mit einem Schadenersatzanspruch wegen positiver Vertragsverletzung aufrechnen.

1. Die Tätigkeit eines Steuerberaters ist regelmäßig **als Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragcharakter** zu qualifizieren, wenn – wie hier – eine Dauerberatung und Wahrnehmung aller steuerlichen Belange geschuldet wird (vgl. BGHZ 54, 106, BGH VersR 1980, 264; Senat Urt. v. 7. 12. 1989 – 18 U 175/89 –). Daraus resultierende Vertragsstörungen regeln sich nach dem Recht der Unmöglichkeit oder des Verzuges, wenn der Steuerberater überhaupt nicht geleistet hat. Soweit dieser schlecht leistet, finden die Grundsätze der positiven Vertragsverletzung Anwendung (Palandt-Putzo, 49. Aufl., Anm. 3 e zu § 611 BGB). Der Senat geht nicht von einer Unmöglichkeit, sondern von einer Schlechterfüllung des mit dem Kläger geschlossenen Steuerberatervertrages aus. Denn der Kläger hat nach dem Mandatumumfang die Erklärung zur gesonderten – und einheitlichen – Feststellung der Einkünfte der Grundstücksgemeinschaft W. für das Veranlagungsjahr

1984 bei der Finanzbehörde eingereicht und insoweit bereits eine Tätigkeit entfaltet. Durch sein Versäumnis sind die Negativeinkünfte aus Vermietung und Verpachtung rechtskräftig um 74.795,- DM auf 64.336,- DM im Feststellungsbescheid des Finanzamts vom 11.9.1986 deshalb gekürzt worden, weil das Finanzamt entsprechend seiner Ankündigung im Schreiben vom 24.7.1986 an den Kläger die Werbungskosten im Zusammenhang mit den Instandhaltungskosten, den Aufwendungen für die Wasserversorgung und den sonstigen Kosten gemäß Zeile 45 der Anlage V zur Steuererklärung nach Aktenlage nur zur Hälfte anerkannt hat. Dabei hat das Finanzamt darauf abgestellt, daß die Steuerpflichtigen entgegen den Anforderungen vom 22.4.1986, 4.6.1986 und 24.7.1986 die vorstehenden Aufwendungen nicht belegt hätten.

Nach dem ihm erteilten Mandat war der Kläger verpflichtet, die Einkünfte der Grundstücksgemeinschaft W. zu ermitteln, die Steuererklärung zu fertigen, in deren Auftrag bei dem Finanzamt einzureichen und die Gemeinschaft im Zusammenhang mit dem Veranlagungsverfahren zu betreuen, zu beraten und zu unterstützen (Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, Rdn. 68 ff.). Dabei hatte er insbesondere den Sachverhalt erschöpfend aufzuklären, die Ansprüche des Beklagten zu prüfen und diesen über Angriffs- und Abwehrmöglichkeiten aufzuklären (Späth, a.a.O., Rdn. 75, 77).

- a) Dem ist der Kläger nicht ausreichend nachgekommen. Denn er hat schuldhaft versäumt, den Beklagten über die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines Wiedereinsetzungsantrags in den vorigen Stand gemäß § 110 AO zu belehren und zu beraten, nachdem das Finanzamt den von dem Kläger am 16.10.1986 gegen den Feststellungsbescheid eingelegten Einspruch wegen Verspätung als unzulässig verworfen hatte. Zu diesen Tätigkeiten war der Kläger im Rahmen einer umfassenden Betreuung des Beklagten aus dem Steuerberatungsvertrag verpflichtet. Dieser hatte sich an den Kläger als Sachkundigen gewandt und darauf vertraut, daß der Kläger nicht nur die Steuererklärung ordnungsgemäß fertigen würde, sondern gegebenenfalls ihn auch über Rechtsbehelfe im weiteren Sinne – hier Wiedereinsetzung – aufklären werde, um eine für ihn nachteilige Entscheidung des Finanzamtes anzugreifen. Zu einem Antrag auf Wiedereinsetzung bestand für den Kläger bereits Veranlassung, nachdem er nach seiner Berechnung **am letzten möglichen Tag Einspruch** gegen den Feststellungsbescheid bei dem Finanzamt eingelegt hatte. In der damit verbundenen Eile durfte er nicht auf die Richtigkeit seiner Berechnung zu vertrauen, wie sich auch nachträglich herausgestellt hat, **sondern hätte beim Finanzamt den Zustellungstag, gegebenenfalls durch einen Anruf**

vorab, erfragen müssen, den Sachverhalt durch Rückfrage bei dem Beklagten ermitteln und die steuerrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen müssen (Späth, a.a.O., Rdn. 150 m.w.N.). Der Kläger durfte nicht darauf vertrauen, daß nach seiner Einschätzung der Wiedereinsetzungsantrag ohnehin keine Aussicht auf Erfolg haben werde. Denn insoweit verblieb nicht nur die Möglichkeit einer anderen Beurteilung durch die Finanzbehörde, sondern **er hätte auch den Erlaß der nachteiligen Entscheidung aus sachlichen Billigkeitsgründen beantragen können** (§ 227 AO). Er hätte insoweit auf die Verfügung der Oberfinanzdirektion Düsseldorf vom 20.8.1985 So 335 A St/311 Bezug nehmen können, in der es u. a. heißt:

„Ist endgültig geschätzt worden und wird nach Ablauf der Einspruchsfrist ein Rechtsbehelf eingelegt, so sollte in Grenzfällen bei der Anwendung des § 110 AO nicht kleinlich verfahren werden, vor allem, wenn feststeht, daß die Schätzung eindeutig nicht den tatsächlichen Verhältnissen gerecht wird. In den letztgenannten Fällen bitte ich auch, sofern eine Berichtigung nach den Vorschriften der AO nicht mehr möglich ist, bei Vorliegen besonderer Härte Billigkeitsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen, wobei die Rechtsprechung des BFH (vgl. z. B. Urt.v. 29. 8. 1982, BStBl 1963 III, 150, daß ein Erlaß hier nur ausnahmsweise in Betracht kommen kann, zu beachten ist.“

Auch darauf hat der Kläger den Beklagten nicht hingewiesen und insoweit den Steuerberatervertrag ebenfalls schlecht erfüllt.

- b) Offenbleiben kann deshalb, ob der Steuerberater persönlich für die Einreichung von dem Finanzamt gegenüber vorzulegenden Belegen Sorge tragen muß, oder ob es ausreicht, seinen Mandanten darauf in gebührender Art hinzuweisen und diesem oder einem Dritten ohne weitere Belehrung die Erledigung der Angelegenheit überlassen kann. Es bedarf deshalb auch nicht der Beweiserhebung darüber, ob der Kläger mit dem Zeugen M. eine diesbezügliche Vereinbarung getroffen hat und insoweit entschuldigt ist.
 - c) Ebenfalls kann dahinstehen, ob der Kläger das Schreiben des Beklagten vom 23.9.1986 über den ergangenen Feststellungsbescheid erhalten hat und insoweit die rechtzeitige Einlegung eines Rechtsmittels versäumt hat und/oder ob der Zeuge M. den Kläger ebenfalls darüber unterrichtet hat und der Kläger schon deshalb Maßnahmen gegen den Feststellungsbescheid zu überlegen hatte.
2. Der Kläger hat deshalb dem Beklagten jedenfalls in Höhe der Klageforderung den anteilig entstandenen **Steuerschaden** zu ersetzen, denn

dieser ist adäquat durch die Verhaltensweise des Klägers entstanden. Maßgeblich war insoweit, wie das Finanzamt bei ordnungsgemäßigem Verhalten des Klägers und bei Vorlage der Belege entschieden hätte. **Zur Überzeugung des Senats hätte das Finanzamt einem Wiedereinsetzungsge- such des Beklagten stattgeben müssen, weil unklar war, ob der Brief des Beklagten vom 23. 9. 1986 dem Kläger zugegangen oder in Verlust geraten war.** (RFH StW 1929 Nr. 756; StW 1931, 769; BGH VersR 1978, 671). In einem sich daran anschließenden erneuten Veranlagungsverfahren ist davon auszugehen, daß das Finanzamt nach Vorlage der Belege auch die abgesetzten Beträge anerkannt hätte. Denn das Finanzamt hat in seinem Bescheid vom 11. 9. 1986 Einwendungen gegen die geltend gemachten Aufwendungen nicht erhoben, insbesondere davon keine einzelnen Beträge gesondert abgesetzt, sondern einen pauschalen Abzug nur auf die fehlenden Belege gestützt. Die entstandenen Aufwendungen hat der Beklagte im zweiten Rechtszug belegt.

Einem Schadenersatzanspruch des Beklagten steht nicht entgegen, daß der überwiegende Teil der Instandsetzungskosten auf den Werkvertrag der Grundstücksgemeinschaft mit der Firma G. und C. vom 2. 7. 1984 entfällt. Zwar sind Aufwendungen, die anlässlich der Veräußerung eines Grundstücks anfallen, keine Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Instandsetzungskosten, dazu zählen wie hier Malerarbeiten, werden aber auch dann als Werbungskosten anerkannt, wenn der Grundstückseigentümer diese tätigt, um bei einem Hausverkauf einen besseren Preis erzielen zu können. (BFH 86, 792; BFH BStBl 72 II 880). Von der Möglichkeit der Nichtanerkennung dieser Kosten wegen Gestaltungs- mißbrauchs gemäß § 42 AO hat das Finanzamt in seinem Feststellungsbescheid vom 11. 9. 1986 offensichtlich keinen Gebrauch gemacht.

Auch auf ein **Mitverschulden** des Beklagten, etwa weil nach dem Kläger- vortrag entgegen einer getroffenen Vereinbarung M. die Belege nicht rechtzeitig dem Finanzamt vorgelegt hat oder weil der Beklagte unter- lassen hat, den Kläger über Erlaß und Inhalt des Feststellungsbescheids rechtzeitig zwecks Einlegung eines Rechtsmittels zu informieren, kann der Kläger sich nicht berufen. Davon wären nur die Fragen betroffen, ob der Kläger ausreichend für eine fristgerechte Vorlage der Belege Sorge getra- gen hat bzw. wann der Kläger von dem Feststellungsbescheid Kenntnis erlangt hat und ob er versäumt hat, ein Rechtsmittel rechtzeitig einzulegen. Das konnte wie ausgeführt (vgl. II 2. b und c) offenbleiben. **Denn entschei- dend war, daß der Kläger die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines Antrags auf Wiedereinsetzung nicht ausreichend geprüft und mit dem Beklagten beraten hat.** Dieser Zeitpunkt war erst erreicht, nachdem der Kläger unstreitig Kenntnis von dem Feststellungsbescheid erhalten hatte

und Mitwirkungsmaßnahmen des Beklagten allenfalls auf die Genehmigung eines Wiedereinsetzungsgesuchs beschränkt waren. Die Belege hätten dann im Wiedereinsetzungsverfahren nachgereicht werden können. Insoweit hätte sogar ausgereicht, innerhalb der Wiedereinsetzungsfrist nur die versäumte Handlung nachzuholen. Eines ausdrücklichen Wiedereinsetzungsantrags hätte es nicht einmal bedurft, weil Wiedereinsetzung auch ohne Antrag gewährt werden kann (§ 110 Abs. 2 Satz 3 AO). Dem steht die Verwerfung des Einspruchs als unzulässig nicht entgegen. Zwar war bereits auch darin inzidenter ein Antrag auf Wiedereinsetzung enthalten. Dem konnte aber schon deshalb nicht stattgegeben werden, weil die verlangten Belege immer noch nicht vorgelegt und Gründe für die versäumte Handlung nicht vorgetragen worden waren.

Haftung des Steuerberaters

- Auftragsinhalt
 - Lohnsteuerprüfung, Betriebsprüfung
 - Lohnbuchhaltung des Mandanten
- (OLG Köln Urt. v. 8. 5. 1991 – 11 U 279/90 – rkr.)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Gehört die Lohnbuchhaltung nicht zum Aufgabenbereich des Steuerberaters, ist er nicht verpflichtet, die Berechtigung einer Lohnsteueranforderung durch das Finanzamt dem Grunde nach zu überprüfen.
2. Eine zufällige Anwesenheit des Steuerberaters bei der Lohnsteueraußenprüfung begründet keinen Beratungsauftrag. Das gilt insbesondere, wenn keine Rechnung über eine hierbei geleistete Tätigkeit erstellt wurde.

Aus den Gründen:

.....

Die Beklagte hat gegen den Kläger keinen Schadenersatzanspruch wegen Verletzung vertraglicher Pflichten eines Steuerberatervertrages. Eine derartige Forderung hat sie auch in der Berufungsinstanz nicht dartun können.

Ein Beratungsvertrag hinsichtlich der Steuerpflichtigkeit der Auslösungen ist zunächst nicht durch ausdrückliche Vereinbarung der Parteien zustandegekommen. Zwischen den Parteien ist unstreitig, daß der Kläger **beauftragt** war, die Finanzbuchhaltung und die jeweiligen Jahresabschlüsse für die Beklagte zu erstellen. Weiter hat der Kläger im Auftrag der Beklagten an der von dem Zeugen C. durchgeführten Betriebsprüfung im Hause der Beklagten teilgenommen. In dem Betriebsprüfungsbericht vom 6.3.1986 (Bl. 52 ff. – 53 – AH) ist er neben den beiden Geschäftsführern der Beklagten als Auskunftsperson und Teilnehmer an der Schlußbesprechung aufgeführt. Zwischen den Parteien besteht auch Einigkeit darüber, **daß der Kläger mit der Lohnbuchhaltung der Beklagten nicht befaßt war, sondern lediglich deren Ergebnisse in die Jahresabschlüsse zu übernehmen hatte.**

Die **Teilnahme des Klägers an der Betriebsprüfung und seine dabei ausgeübte Beratungstätigkeit begründete nicht die Pflicht, die Berechtigung der Lohnsteuernachforderung durch das Finanzamt dem Grunde nach zu überprüfen.** Da die Lohnbuchhaltung aufgrund ausdrücklicher Vereinbarung der Beklagten vorbehalten war, gehörten die hiermit zusammenhängenden Fragen nicht zu seinem Aufgabenbereich.

Zu einer Beratung der Beklagten anlässlich der Lohnsteueraußenprüfung war der Kläger nicht verpflichtet. Bei der in der Zeit vom 21.2. bis 26.2.1986 durchgeführten **Lohnsteueraußenprüfung** handelte es sich um eine gegenüber der Betriebsprüfung selbständige Maßnahme, aufgrund separater Anordnung ergangen, von einem anderen Prüfer durchgeführt und mit gesondertem Bericht vom 12.3.1986 abgeschlossen, in dem lediglich die Geschäftsführer der Beklagten als **Auskunftspersonen** und Teilnehmer an der Schlußbesprechung aufgeführt sind. **Der Bericht über die Lohnsteueraußenprüfung ist dem Kläger nicht seitens des Finanzamtes zugeleitet worden.** Ebenso bezieht sich die Rechnung des Klägers vom 28.5.1986 nur auf dessen „Beistand bei Betriebsprüfungen, Prüfung des Berichtes“, erfaßt also keine im Zusammenhang mit der Lohnsteueraußenprüfung ausgeübten Tätigkeiten.

Die Beklagte hat aber auch die Voraussetzungen eines **stillschweigenden Beratungsauftrages** nicht dargetan. Soweit sie behauptet, der Kläger habe bei Gelegenheit seiner Teilnahme an der Betriebsprüfung von der im Rahmen der nahezu gleichzeitig durchgeführten Lohnsteueraußenprüfung zwischen der Beklagten und dem Finanzamt streitigen Problematik erfahren und hierzu Stellung genommen habe, ist sie beweisfällig geblieben.

Diese Sachdarstellung der Beklagten wird durch die Bekundungen der Zeugen W. und C. nicht gestützt. Der Zeuge C. hat bei seiner Vernehmung

erklärt, daß er nur mit der Betriebsprüfung, nicht jedoch mit der Lohnsteueraußenprüfung befaßt gewesen sei. Deren Notwendigkeit habe sich erst im Rahmen der Betriebsprüfung und anläßlich dienstinterner Gespräche über die hierbei getroffenen Feststellungen ergeben. Seine Erörterungen mit dem Kläger hätten sich lediglich auf die Frage bezogen, ob eine etwaige noch zu ermittelnde Lohnsteuernachzahlung bei der Betriebsprüfung gewinnmindernd zu berücksichtigen sei.

Auch der Zeuge W., der die Lohnsteueraußenprüfung durchgeführt hat, hat erklärt, daß seine Gespräche mit dem Kläger in dem Betrieb der Beklagten lediglich die Frage betroffen hätten, ob die Lohnsteuer brutto oder netto nachgezahlt werden sollte. Diese habe er zunächst mit einem der Geschäftsführer der Beklagten und dann auch mit dem Kläger und dem Zeugen C. erörtert. Im übrigen habe sich der Kläger nur dazu geäußert, ob etwaige Steuernachzahlungen wegen des Zeitablaufs noch von den betroffenen Arbeitnehmern zurückgefordert werden könnten.

Den Aussagen der Zeugen C. und W. ist demnach zu entnehmen, daß diese bezüglich der Lohnsteueraußenprüfung den Kläger nicht als **bevollmächtigten Vertreter der Beklagten** betrachteten, sondern ihn nur insoweit hinzuzogen, als es um die Auswirkungen der Lohnsteuernachzahlung auf die Betriebsprüfung ging. Daß der Kläger die Beklagte zu der **streitigen Frage der Steuerpflichtigkeit der pauschalen Auslösungen** anläßlich der Lohnsteueraußenprüfung beraten hätte, läßt sich aus ihren Aussagen nicht herleiten.

Auch die Behauptung der Beklagten, der Kläger habe zu der Rechtsauffassung des Prüfers W. auf Befragen **erklärt, „da könne man wohl nichts machen“**, vermag angesichtlichem unstreitigem Sachverhalts in Verbindung mit dem Beweisergebnis den geltend gemachten Schadenersatzanspruch nicht zu stützen. Es ist bereits zweifelhaft, ob eine etwaige Äußerung dieses Inhalts als **Gefälligkeithandlung**, für die eine Haftung nach § 676 BGB entfallen würde, oder als rechtsgeschäftliches Verhalten anzusehen wäre (vgl. hierzu Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl. 1988, Rdn. 29 und 30). **Gegen einen rechtlichen Bindungswillen** des Klägers sprechen dessen **zufällige Anwesenheit** bei der Lohnsteueraußenprüfung, die Tatsache, daß der Kläger **keine Rechnung** über eine hierbei geleistete Beratungstätigkeit erstellt hat, sowie der Wortlaut der von der Beklagten behaupteten Erklärung des Klägers, die einen mehr beiläufigen Charakter hat.

Für die Entscheidung des Rechtsstreits kann jedoch dahinstehen, ob an die Erklärung, „da könne man wohl nichts machen“, Rechtsfolgen geknüpft

werden könnten, nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme sieht es der Senat nämlich nicht als erwiesen an, daß der Kläger überhaupt eine derartige Äußerung gemacht hat.

Haftung des Treuhänders

- Haftungsausschluß auf grobe Fahrlässigkeit
 - Verjährungsverkürzung
 - Bindung an Vertragsentwürfe
- IOLG Hamm Urt.v. 25. 2. 1988 – 21 U 195/87)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Eine Verkürzung der Verjährungsfrist in Formularverträgen unter die gesetzliche Frist des § 68 StBerG ist unangemessen gemäß § 9 AGB-Gesetz.
2. Der Haftungsausschluß im Hinblick auf den Eintritt steuerlicher Ziele bezieht sich auf die persönlichen Steuererwartungen des Anlegers nicht aber auf das prospektierte Steuerkonzept des Bauherrenmodells.
3. Der umfassend bevollmächtigte Zentraltreuhänder im Bauherrenmodell ist nicht an die vorgegebenen Vertragsentwürfe gebunden, wenn sich die Steuerrechtslage z. B. durch einen Erlaß des Bundesministers der Finanzen verändert.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist zulässig und auch – nach teilweiser Rücknahme des Klagebegehrens – in der Sache hinsichtlich des zuletzt gestellten Antrages begründet. Der Beklagte ist dem Kläger wegen fahrlässiger Verletzung von Nebenpflichten aus dem zwischen den Parteien geschlossenen Treuhandvertrag zum Schadenersatz verpflichtet. Aufgrund der sich aus diesem Vertrag ergebenden Pflichten hätte der Beklagte im Dezember 1983 nicht mehr unverändert die steuerrechtlich relevanten Verträge nach dem bei Redaktionsschluß des Prospekts im Februar vorgesehenen Konzept abschließen dürfen, **vielmehr hätte er nicht nur den zwischenzeitlichen Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 27. 6. 1983 berücksichtigen müssen, sondern auch die weiteren Richtlinien**

der Finanzbehörden, damit der Kläger und die weiteren Bewerber vor der Gefahr bewahrt wurden, die Herstellungskosten-Mehrwertsteuer nicht erstattet zu bekommen, die sie bei der Finanzierung des Objekts bereits eingeplant hatten.

Im Treuhandvertrag der Parteien hatte der Beklagte in § 1 die umfassende Verpflichtung übernommen, den Kläger hinsichtlich des Bauvorhabens rechtsgeschäftlich zu vertreten, wobei er gemäß § 1 Nr. 5 des Vertrages **nicht an die vorgesehenen Vertragsentwürfe gebunden war**; vielmehr war ihm die Befugnis eingeräumt worden, die Vertragsentwürfe entsprechend den jeweiligen Erfordernissen zweckdienlich zu ändern oder zu ergänzen, wobei er gemäß § 242 BGB die wirtschaftlichen und steuerlichen Interessen und Belange des Klägers zu berücksichtigen hatte. Zu Unrecht meint der Beklagte insoweit, daß er lediglich zur Ausführung der ihm vorgegebenen Entwürfe des Bauherrenmodells berufen sei; **die Stellung des Beklagten als Treuhänder, seine umfassende Vertretungsbefugnis, seine umfassende Bevollmächtigung und nicht zuletzt die Höhe seiner Vergütung verbieten nach der Überzeugung des Senats eine derartige enge Auslegung des Vortrages.**

Entgegen der Auffassung des Beklagten waren die steuerlichen Belange des Klägers von den Sorgfaltspflichten des Beklagten nicht ausgenommen. **Der in § 5 Nr. 2 des Treuhandvertrages vereinbarte Haftungsausschluß betrifft allenfalls die individuellen Ziele des Klägers und die steuerlichen Folgen aus dessen persönlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, nicht aber die allgemeinen steuerlichen Gesichtspunkte des Modells**, die alle Bauherren in gleicher Weise betrafen. Gerade wegen der für einen Laien weithin unüberschaubaren Einzelheiten der Steuerkonzeption eines Bauherrenmodells war der Beklagte vom Kläger umfassend bevollmächtigt worden, was nicht zuletzt in § 1 Nr. 4.2 und Nr. 4.1 des Vertrages zum Ausdruck kam, wonach der Beklagte den Kläger in der Finanzgerichtsbarkeit vertreten und steuerlich relevante Erklärungen für den Kläger abgeben durfte. Zutreffend hat der Beklagte selbst in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat darauf hingewiesen, daß „der Kläger seine Praxis für ein Jahr schließen müsse, wenn er sich selbst die steuerliche Konzeption für ein Bauherrenmodell erarbeiten wollte“. Gerade diese Verantwortlichkeit des Beklagten für die steuerlichen Belange waren der Grund für die umfassende Bevollmächtigung des Beklagten.

Bei der Gestaltung des Zwischenmietverhältnisses für das Objekt hat der Beklagte aber pflichtwidrig und fahrlässig den Kläger und die übrigen Bauherren der Gefahr ausgesetzt, daß die Finanzbehörde einen Mißbrauch der rechtlichen Gestaltungsmöglichkeit (§ 42 AO) annahm.

Dem Beklagten war bekannt, daß für die Erlangung der Mehrwertsteuererstattung die Einschaltung eines gewerblichen Zwischenmieters erforderlich war und daß er gehalten war, die Position dieses Zwischenmieters so auszugestalten, daß diese wirtschaftlich sinnvoll war. Vorliegend hat der Beklagte einerseits einen unbedingten Mietgarantievertrag mit der Firma abgeschlossen, andererseits einen Zwischenmietvertrag mit der G.; ein wirtschaftlicher Sinn gegenüber der Einschaltung nur eines einzigen, solventen und wirtschaftlich starken Zwischenmieters ist hierin für den Senat nicht erkennbar; die Erforderlichkeit einer befristeten Mietgarantie trotz Abschlusses eines in gleicher Frist unkündbaren Mietvertrages erweckt vielmehr von vornherein den Eindruck, daß die wirtschaftliche Stellung des Zwischenmieters unsicher und absicherungsbedürftig ist, weil der Zwischenmieter letztlich kaum eine reelle Chance zur Gewinnerzielung hatte. **Spätestens aufgrund des Erlasses des Bundesministers der Finanzen vom 27.6.1983 hätte aber dem Beklagten bekannt sein müssen, daß die Finanzbehörden sich in besonderer Weise gerade mit der wirtschaftlich sinnvollen Position des Zwischenmieters beschäftigen bei der Prüfung, ob die Mehrwertsteuererstattung gewährt wird oder nicht;** spätestens dieser Erlaß hätte demnach den Beklagten veranlassen müssen, sein besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß die Position des gewerblichen Zwischenmieters wirtschaftlich sinnvoll ausgestaltet wurde entsprechend den Grundsätzen dieses Erlasses.

Dadurch, daß die Finanzbehörde unter Berufung auf § 42 AO dem Kläger die beantragte Mehrwertsteuererstattung versagt hat, hat sich die Gefahr auch verwirklicht und dem Kläger ist bereits jetzt ein Schaden entstanden. Hätte der Beklagte nämlich bei der Ausgestaltung des Zwischenmietverhältnisses die Richtlinien des Erlasses vom 27.6.1983 beachtet und die Position des Zwischenmieters wirtschaftlich sinnvoll ausgestaltet, **wäre der Kläger in den Genuß der Mehrwertsteuererstattung gelangt,** insbesondere müßte er sich diese Finanzierungsmittel jetzt nicht zusätzlich beschaffen. Zu Unrecht beruft sich der Beklagte darauf, daß der Bescheid des Finanzamtes noch nicht rechtskräftig sei und deshalb ein Schaden noch nicht eingetreten sei; der wahrscheinlich langdauernde Rechtsweg gegen diesen Bescheid bietet lediglich die ohnehin geringe Chance, daß der bereits jetzt beim Kläger eingetretene Liquiditätsschaden nach vielen Jahren wieder ausgeglichen werden kann; diesem möglichen Ausgleich des Schadens trägt aber die nach § 281 BGB angebotene Abtretung der Ansprüche hinreichend Rechnung.

Nach der Überzeugung des Senats kann es dahingestellt bleiben, ob der Beklagte bei der Ausgestaltung des Zwischenmietvertrages „grob fahrlässig“ gehandelt hat, denn die in § 5 Nr. 1 des Treuhandvertrages ver-

einbarte **Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit verstößt gegen § 9 AGBG**. Wie der Senat bereits in dem Parallelrechtsstreit am 19.1.1988 (21 U 40/87 OLG Hamm) ausgeführt hat, war der Treuhandvertrag für eine Vielzahl von Bauherren gleichlautend abgeschlossen und fiel daher gemäß § 1 Absatz 1 unter das Gesetz über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Angesichts der Höhe des vereinbarten Honorars und der Bedeutung, die der Bestellung eines verlässlichen Treuhänders zukommt, hält es der Senat für eine unangemessene Benachteiligung der Bauherren, wenn der Treuhänder lediglich für grob fahrlässige Verstöße gegen seine Verpflichtungen aus dem Treuhandvertrag haften soll.

Der Beklagte darf sich ferner nicht auf eine nur **subsidiäre Haftung** berufen, wie sie in § 5 Nr. 1a des Treuhandvertrages vereinbart ist. Ein Verschulden des Vermittlers ist nämlich insgesamt so zweifelhaft, daß dem Kläger nicht zugemutet werden darf, diesen vorab in Anspruch zu nehmen. Bei der Beratung durch den Vermittler zum Anfang des Jahres 1983 war möglicherweise das steuerliche Konzept des Prospekts noch nicht unrichtig oder fehlerhaft, zumindest mußten die im Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 23. 6. 1983 erwähnten Richtlinien noch nicht beachtet werden; zudem hatte der Vermittler keinerlei Einfluß auf das steuerliche Konzept des Bauherrenmodells während der Beklagte als Treuhänder umfassend zur Wahrnehmung der steuerlichen Interessen des Klägers bevollmächtigt war.

Zu Unrecht beruft sich der Beklagte schließlich auf die **Verjährung** der Ansprüche des Klägers. Die in § 5 Nr. 3 des Treuhandvertrages vereinbarte Abkürzung der Verjährungsfrist stellt eine unangemessene Benachteiligung des Klägers gemäß § 9 AGBG dar, wenn die Dreijahresfrist der §§ 51 BRAGO, 51 a WiPrO unterschritten wird (BGHZ 97, 21).

Hinsichtlich der **Höhe** der Klageforderung hat sich der Kläger zutreffend die Berechnungen des Parallelrechtsstreits 21 U 40/87 OLG Hamm zu eigen gemacht; bei einer gleichgroßen Wohnung ergab sich ein Betrag für entgangene Vorsteuer von 18.991,42 DM; von diesem Betrag sind im Wege der **Vorteilsausgleichung** diejenigen Mehrwertsteuerbeträge abzuziehen, die der Kläger wegen der ihm versagten Mehrwertsteueroption auf die Mieteinnahmen einschließlich der Mieterhöhungen nicht abzuführen braucht, nämlich insgesamt ein Betrag von 1.677,80 DM, so daß eine Restschadensumme von insgesamt 17.313,62 DM verbleibt.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–10, 1991)

Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Ausschluß d. Kündigungsrechts	91, 42		
Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) (s. auch Versicherungsschutz)			
– wissentliche Pflichtverletzung			
= Kausalitätsprüfung	91, 38		
= Wirksamkeit, AGBG	91, 41		
Anerkennung			
– d. Bilanzberichtigung?	91, 72		
Anlageberatung			
– Abgrenzung zur Steuerberatung	91, 223		
Arglistenwand			
– gegenüber Verjährungseinrede	91, 211		
Aufrechnungsverbot			
– § 19 GmbHG	91, 164		
Auseinandersetzung			
– Wertpapierdepot v. Eheleuten	91, 170		
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß			
= Verdienstbescheinigung	91, 62		
Bankhaftung			
– Darlehensvollmacht, Eheleute	91, 170		
– Haftung d. Ehefrau b. Betriebskredit	91, 170		
– Haftungsbeschränkung, grobes Verschulden	91, 114		
Bauherrenmodell			
– Grunderwerbsteuer	91, 3		
Belehrungspflicht d. StB, Wp, RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit			
= nach Belehrung über Ehegattenvertrag	91, 233		
= vergebliche Belehrungen	91, 28		
= Belehrung d. Vorberater	91, 28		
= eigene Sachkunde, Geschäftsmann	91, 223		
= über steuersparende Vermögensanlagen	91, 223		
– ungefragte –			
= bei erkennbar fehlerhafter Entscheidung	91, 223, 233, 241		
= Zweifel d. Steuerberaters	91, 63		
– Beweislast	91, 114		
– über Fehler d. Vorberaters			
= auf Schadenersatzansprüche	91, 230		
– Haftungsklausel	91, 233		
– nach rkr. Schätzung; WVE o. Erlaß			
– über steuerliche Risiken			
= Vermögensanlagen	91, 223		
– über Vermögenssituation	91, 223		
Beweislast			
– f. unterlassene Aufklärung/Belehrung	91, 114		
– f. Fehlberatung	91, 72		
– f. Rücknahme d. Rechtsbehelfs	91, 77		
Bilanzberichtigung			
– Anerkennung?	91, 72		
Bindungswirkung			
– belastender Steuerbescheid	91, 116		
Buchführungsauftrag			
– Belehrungspflichten			
= Bewirtungskostenbelege	91, 241		
= Kassenbuch	91, 85		
– Kontierung			
= Belegausgabe	91, 99		
– Prüfung d. Unterlagen	91, 147		
– Umbuchungen	91, 156		
Buchhaltungsunterlagen			
– Aufforderung zur Vorlage	91, 85		
Darlegungslast f. Regreßanspruch (s. auch Beweislast)			
– Bilanzfehler	91, 156		
– Buchungsfehler	91, 156		
Dienstvertrag			
– Steuerberatungsvertrag	91, 8, 12		
Dritthaftung			
– Erklärungen d. RA	91, 132		
– Verhandlungsgehilfe d. Mandanten	91, 132		
– Vertrag m. Schutzwirkung zugunsten Dritter			
= Bewertung	91, 68		
= Bilanzerstellung	91, 109		
= Gesellschaftsgründung	91, 109		
= Testat	91, 68		
– Verschulden			
b. Vertragsverhandlungen	91, 132		
Durchgriffshaftung (s. Geschäftsführer Wp/StB-GmbH)			
Feststellungsklage			
– negative –	91, 187		
Firma			
– GbR (mit beschränkter Gesellschafterhaftung)	91, 84		
– Zusatz „Revision“	91, 170		
Finanzgerichtsordnung			
– Vertragsbefugnis, LStHV u. StBGS	91, 248		
Fristenkontrolle			
– Ausgangskontrolle	91, 84		
– Fristüberwachung durch RA	91, 114		
= Fristverlängerung o. Akte	91, 201		
= Gerichtsferien	91, 201		
– Fristversäumnis, verschuldete –			
= Akte an Bürovorsteher	91, 170		
= Brief an unzuständiges Gericht/FA	91, 114		
– Weisung an Bürokraft	91, 84		
= mündliche Weisung	91, 201		
Gesamtschuld			
– mit Architekt	91, 189		
Geschäftsführer Wp/StB-GmbH			
– Haftung des –	91, 52		
Gewinn (entgangener, § 252 BGB)			
– Darlegungslast	91, 42		
– rechtswidrige Kündigung d. StB-Vertrages	91, 42		
GmbH			
– Einzahlungsmanipulation	91, 98		
– Schaden			
= Verlust d. Stammeinlagen	91, 161		
– Stammeinlage			
= Umbuchung d. Darlehensforderung	91, 161		
– verdeckte Gewinnausschüttung			
= Schaden	91, 150		
Grunderwerbsteuer			
– Änderung d. Rechtsprechung	91, 144		
– bei Bauherrengemeinschaft	91, 3		
– Grundstücksbeschaffungskosten	91, 144		
Haftungsbeschränkung			
– auf grobe Fahrlässigkeit	91, 114, 265		
– Verjährungsverkürzung in AGB	91, 265		
– auf steuerl. Ziele	91, 265		
Honoraranspruch d. StB			
– Aufrechnung mit Schadenersatzanspruch			
= in zweiter Instanz	91, 8		
– Änderung der Rechnung	91, 32		
– Buchführung			
= Gebühr nach Zeitabschnitten	91, 32		
= Grundstücksverwaltungen, § 33 StBGebV	91, 16		
= monatliche Ratenzahlungen	91, 66		
– Einforderbarkeit			
= Rahmengebühr	91, 66		
– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV			
= Gegenstandswert	91, 14		
= Hinweis auf Gebührenvorschrift	91, 18		
= Mitteilung der Rechnung	91, 15		
= Zeitgebühren	91, 14, 15		

- Erfolgshonorar	91, 58	= Wirtschaftsberatung	91, 57
- Fälligkeit, § 7 StBGebV		- d. Wohnungsverwalters	91, 200
= Buchführungshonorar	91, 22	Regreßprozeß	
- für nicht erbrachte Leistungen	91, 147	- negative Feststellungsklage	91, 49
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		- Sachverständigengutachten	
= Mittelgebühr		= Urkundenvorlage	91, 63
= Darlegungslast	91, 66	Schaden	
- entgangener Gewinn	91, 42	- AfA, entgangene	
- vermeidbarer -	91, 19	= gesamte Vermögenslage	91, 231
= keine Bilanzierungspflicht	91, 19	- Kapitalanlage	91, 223
- Lohnkosten, § 34 StBGebV	91, 16	- vermeidbares Steuerberatungshonorar	91, 19
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	91, 15	- Steuervorteile	
- Zeitgebühren		= rechtswidrige -	91, 62, 211
= f. Nachbesserungsarbeiten	91, 161	= verdeckte Gewinnausschüttung	91, 150
= für Nichtstun	91, 14, 15	- Vermögensauswirkungen	
Kausalität		= entgangene AfA	91, 231
- zwischen Pflichtwidrigkeit u. Schaden		- Verspätungszuschläge	91, 85
= Unterbrechung d. Kausalzusammenhangs	91, 158	- Zweifamilienhaus	91, 231
Klageauftrag		Schätzung (§ 162 AO)	
- Belehrung über Klageaussichten	91, 114	- Schaden	
Klageerhebung		= Bindung an Erklärung in Schlußbesprechung	91, 77
- bei unzuständigem Gericht	91, 114	Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
Konkursantragspflicht, § 130 a HGB		- vorsätzliche Schadeinzufügung	91, 132
- Pflicht der Gesellschaftsorgane	91, 101	StB-GmbH, Wp-GmbH	
Lohnsteuerhilfeverein		- faktischer Geschäftsführer	91, 5
- Vertretungsbefugnis FG	91, 28	- Geschäftsführer: StB u. RA	91, 248
Minderkaufmann		Sozietät	
- Lebensmitteleinzelhandel	91, 20	- Haftung d. ausgeschiedenen Sozios	91, 205
- Pflicht zur Buchführung u. Bilanz	91, 20	- überörtliche -	91, 84
Mitverschulden		- unzulässige Bezeichnung	91, 84
- kapitalersetzende Gesellschafterdarlehen	91, 23	Steuerberaterkammer	
- neues Klageverfahren, zumutbar	91, 248	- Beantwortung von Anfragen	91, 5
- d. Kreditgebers		Steuerberatungsgesetz	
= Verdienstbescheinigung	91, 62	- § 5	
- Prüfung d. Bilanz		= Kontieren	91, 32
= durch GmbH-Geschäftsführer	91, 24	- § 57	
= Stammkapitalforderung	91, 23	= Werbeverbot, Stellenanzeigen	91, 74
- Reisekosten	91, 243	Steuerberatungsvertrag	
- Vorsatz d. Geschädigten	91, 222	- Auflösung des -	
Nachbesserung		= fristlose Kündigung, § 627 BGB	91, 42
- Kosten der -	91, 32	- pauschaler Schadenersatz	91, 147
- Nachbuchungen	91, 32	- Zustandekommen d. -	
- Stundenhonorare, angemessene	91, 161	= stillschweigender Abschluß	91, 234, 262
- Wechsel d. StB	91, 144	Steuergestaltungsberatung	
Neue Bundesländer		- RKW-Gutachten	91, 101
- Rückübertragung u. Umbauarbeiten	91, 200	- Saldierung der Vor- u. Nachteile	91, 2
Notar		- Umwandlung	91, 101
- Einsicht in Flurkarte	91, 84	Telefonwerbung	91, 222
- Vollzug, verzögerter	91, 2	Treuhänder	
Prospekthaftung		- Änderung d. Rechtsprechung	91, 115
- Änderung d. Rechtsprechung		- Bindung d.	91, 265
= Grunderwerbsteuer	91, 144	- Dritthaftung	91, 132
- zugesicherte Eigenschaft	91, 144	- Gesamtschuld	
- Garantienstellung	91, 234	= Regreß-/Ausgleichsanspruch	91, 124
- Grunderwerbsteuer	91, 144	- Haftungsausschluß f. steuerliche Folgen	91, 115
- vorgesehene Nutzung	91, 144	- Haftungsbeschränkung	
Provisionsgeschäfte		= subsidiäre Haftung	91, 115
- Rückforderung der Provision	91, 145, 248	= unmittelbarer Vermögensschaden	91, 115
- kostenlose Reise	91, 248	= Verjährungsverkürzung	91, 265
- Zahlung an Strohmann	91, 145	= steuerl. Ziele	91, 265
Rechtsanwalt		- Planabweichung	
- Beratungspflichten		= Nutz-/Wohnfläche	91, 123
= Kündigung, Versendungsart	91, 144	- Schaden	
- Kündigungsschutzklage		= bei Flächenverminderung	91, 123
= Konkursausfallgeld	91, 62	= Verflechtungshinweis	91, 128
- Unterhaltsklage	91, 2	- freiberufliche Tätigkeit, § 18 EStG	91, 84
- Verspätungseinwand, § 282 ZPO	91, 2	- Überwachung d. Abwicklung	
Rechtsberatung		= wg. d. Steuervorteile	91, 115
- d. Angestellte, Art. 1 § 6 Abs. 1	91, 209	- Verhandlungshelfer d. Mandanten	91, 132
- d. Gewerbetreibenden, Art. 1 § 5		- Verjährung von Regreßansprüchen	
= unmittelbarer Zusammenhang	91, 209	= Sekundäranspruch	91, 138
- d. Unternehmensberaters	91, 207	= Verjährungsbeginn,	
- d. Wirtschaftsprüfers, Art. 1 § 5 Nr. 2		Bauherrenverträge	91, 138
= Vertragsformulierung	91, 57	= Wirtschaftsprüfer	91, 138
		- Verflechtungen d. Treuhänders	91, 128

- Zentraltreuhänder	91, 265
= Bindung an Vertragsentwürfe	91, 123
- Zweckerreichung	
Umwandlung	
- RKW-Gutachten	91, 101
- Schuldübernahme	91, 101
Unterbrechung d. Verjährung	
§ 209 BGB	
- FG-Verfahren	91, 192
Unterhaltsklage	
- Streitwertgestaltung	91, 2
Unternehmensberater	
- Schuldenregulierung, Rechtsberatung	91, 207
Verdeckte Gewinnausschüttung	
- Schaden	
= Steuervorteile	91, 150
Verdienstbescheinigung	91, 62
Verjährung (§ 51 BRAO)	
- Belehrungspflicht ü. Fehler u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch	
= nach Anspruchserhebung	91, 200
Verjährung (§ 51 a WPO)	
- Treuhand	91, 138
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)	
- Arglisteinwand s. d.	91, 213
- Art d. Berufstätigkeit	91, 49
= Treuhänder	91, 138
- Bekanntgabe Steuerbescheid	91, 192
- Belehrungspflicht ü. Fehler u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch	
= Inhalt	91, 171
= keine -	
Treuhand, Wp	91, 138
= Wiederholung d. Fehlers	91, 171
- Verjährungsbeginn	
= Außenprüfung, Korrektur d. BGH	91, 171
= Außenprüfung, Schaden v. Prüfungsjahr	91, 251
= Außenprüfung ohne Schlußbesprechung	91, 188
= Bauherrenverträge	91, 138, 223
= versicherungsschutzrechtl. Behandlung	91, 249
= Bilanzaushandigung	91, 14
= Bilanzfehler	91, 24
= Erwerb v. Eigentumswohnungen	91, 194
= Fehlbuchung, Stammkapitalforderung	91, 24
= fehlerhafte Gestaltungsberatung	91, 183
= Kauf v. Unternehmensanteilen	91, 49
= Steuerberaterhonorar, vermeidbares	91, 19
Verkehrs-/Prozeßanwalt	
- Verantwortungsbereiche	91, 222
Verschulden bei Vertragsverhandlungen	
- d. RA	91, 132
Versicherungsleistung	
- Rückforderung	91, 92
Versicherungsschutz	
- Ansprüche gegen Versicherer	91, 2
- wissentl. Pflichtverletzung	91, 33
= Kausalität	91, 38
= Provisionsvereinbarung	91, 33
= Wirksamkeit, AGBG	91, 41
- Serienschaden	
= Dauerverstoß	91, 249
= einheitl. Schaden	91, 249
= jährl. Steuererklärung	91, 249
- Zahlungsanspruch	91, 2
Verspätungszuschläge	
- Schaden	91, 85
Vorteilsausgleich	
- ersparte Mietaufwendungen	91, 222
- aufgedrängte Steuerberaterleistung	91, 21
- Steuervorteile	91, 222
= rechtswidrige	91, 62, 211
= verdeckte Gewinnausschüttung	91, 150
- Wertzuwachs	91, 222

BGH v. 21. 6. 1988 – VI ZB 14/88	91, 170	OLG Bamberg v. 14. 2. 1990 – 3 U 103/89	91, 170
BGH v. 3. 7. 1989 – StbSt (R) 14/88 = wistra 1990, 60	91, 5	= WPK-Mitteilung 1990, 288	
BGH v. 19. 12. 1989 – IX ZR 29/89 = VersR 1990, 866	91, 2	OLG Düsseldorf v. 2. 11. 1989 – 8 U 232/88 rkr. = EWIR § 675 BGB 2/90, 39 (A. Junker)	91, 32
BGH v. 17. 5. 1990 – IX ZR 85, 89 = NJW 1991, 32 = WM 1991, 1554	91, 132	OLG Düsseldorf v. 15. 3. 1990 – 18 U 207/89 = StB 1990, 205	91, 18
BGH v. 26. 9. 1990 – IV ZR 147/89 = BB 1990, 2362	91, 33	OLG Düsseldorf v. 22. 3. 1990 – 2 U 83/89 = NJW 1990, 2133	91, 84
BGH v. 22. 11. 1990 – I ZB 13/90	91, 222	OLG Düsseldorf v. 3. 5. 1990 – 18 U 209/89 rkr.	91, 63
BGH v. 28. 11. 1990 – XII ZR 130/89	91, 92	OLG Düsseldorf v. 28. 5. 1990 – 18 U 29/90 rkr.	91, 8
BGH v. 18. 12. 1990 – XI ZR 176/89 = JuS 91, 691 m. Anm. K. Schmidt = VersR 91, 558 = StB 91, 219	91, 145	OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1990 – 6 U 234/89 rkr. = RPK U 1019/91	91, 114
BGH v. 16. 1. 1991 – VII ZR 14/90 = RPK U 1023/91 = WM 1991, 695	91, 128	OLG Düsseldorf v. 21. 6. 1990 – 18 U 33/90 = StB 1990, 312	91, 15
BGH v. 17. 1. 1991 – VII ZR 143/89 = WM 1991, 769	91, 124	OLG Düsseldorf v. 28. 6. 1990 – 18 U 29/90 rkr.	91, 12
BGH v. 22. 1. 1991 – XI ZR 111/90 = RPK U 1022/91 = WM 91, 313 = ZiP 91, 224	91, 170	OLG Düsseldorf v. 18. 10. 1990 – 18 U 124/90 rkr.	91, 239
BGH v. 24. 1. 1991 – I ZR 133/89 = BB 91, 1140 = RPK U 1.051/91 = WM 91, 1056 = ZiP 91, 751	91, 222	OLG Düsseldorf v. 18. 10. 1990 – 18 U 92/90 rkr.	91, 258
BGH v. 24. 1. 1991 – IX ZR 121/90 = WM 1991, 743	91, 205	OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1990 – 18 U 99 u. 113/90 rkr.	91, 66
BGH v. 31. 1. 1991 – IX ZR 124/90 = DB 1991, 698 = NJW RR 91, 749 = MDR 91, 727 = WM 1991, 814	91, 85	OLG Düsseldorf v. 15. 11. 1990 – 18 U 242/88	91, 150
BGH v. 6. 2. 1991 – VIII ZR 26/90 = BB 91, 571 = WM 91, 765 = DB 91, 1319 = NJW RR 91, 666 = WuB I 67 – 7/91 v. Heymann = VersR 91, 562	91, 115	OLG Düsseldorf v. 22. 11. 1990 – 18 U 191/90	91, 42
BGH v. 19. 2. 1991 – VI ZB 2/91 = BB 91, 932 = NJW RR 1991, 827	91, 201	OLG Düsseldorf v. 22. 11. 1990 – 18 U 104/90 rkr	91, 98
BGH v. 4. 4. 1991 – IX ZR 215/90 = WM 1991, 1089 = ZiP 1991, 589 = BB 1991, 999 = DB 1991, 1320 = StB 1991, 205	91, 171	OLG Düsseldorf v. 6. 12. 1990 – 18 U 123/90 = StB 91, 222	91, 156
BGH v. 9. 4. 1991 – XI ZR 136/90 = VersR 91, 888 = WM 1991, 890 = ZiP 1991, 644	91, 222	OLG Düsseldorf v. 13. 12. 1990 – 18 U 122/90	91, 161
BGH v. 7. 5. 1991 – IX ZR 188/90 = BB 91, 1374 = MDR 91, 725 = WM 1991, 1303	91, 223	OLG Düsseldorf v. 16. 5. 1991 – 13 U 15/91	91, 188
BGH v. 15. 5. 1991 – IV ZR 85/90	91, 248	OLG Frankfurt v. 28. 3. 1990 – 17 U 181/88 = NJW RR 1991, 154	91, 84
BGH v. 23. 5. 1991 – III ZR 73/90 = EWIR § 255 BGB 2/91 767 (Grunsky)	91, 248	OLG Hamburg v. 5. 4. 1989 – 5 U 44/86	91, 49
BGH v. 27. 5. 1991 – AnwZ (B) 8/91 = ZiP 1191, 1006	91, 248	Hanseatisches OLG v. 28. 11. 1990 – 5 U 139/88	91, 233
BGH v. 6. 6. 1991 – IX ZR 195/90	91, 251	OLG Hamburg v. 10. 1. 1991 – 3 U 208/90 rkr.	91, 222
		OLG Hamburg v. 25. 1. 1991 – 1 U 882/90	91, 211
		OLG Hamm v. 25. 2. 1988 – 21 U 195/87	91, 265
		OLG Hamm v. 16. 12. 1988 – 25 U 10/88	91, 72
		OLG Hamm v. 7. 7. 1989 – 25 U 243/88	91, 194
		OLG Hamm v. 16. 10. 1989 – 23 U 1/89	91, 68
		OLG Hamm v. 17. 10. 1990 – 25 U 57/89	91, 192
		OLG Hamm v. 23. 11. 1990 – 25 U 244/89 bestätigt LG Paderborn Urt. v. 19. 10. 1989 – 3 O 304/89, GI 1990, 40	91, 62
		OLG Hamm v. 5. 3. 1991 – 8 U 107/89 rkr = RPK U 1025/91	91, 170
		OLG Hannover v. 1. 3. 1990 – 44 StL 1/91 rkr.	91, 74
		OLG Karlsruhe v. 24. 5. 1989 – 6 U 51/88	91, 101
		OLG Karlsruhe v. 12. 9. 89 – 8 U 180/87 rkr. nach Nichtannahmebeschluß des BGH v. 21. 3. 1991 = RPKU 1.037/91	91, 144
		OLG Koblenz v. 5. 9. 1989 – 3 U 174/88 rkr. nach Nichtannahmebeschluß des BGH v. 14. 3. 1991 = RPK U 1.036/91	91, 144
		OLG Koblenz v. 18. 12. 1990 – 3 U 27/89 = NJW RR 1991/921	91, 248
		OLG Köln v. 25. 4. 1990 – 27 U 180/89 = VersR 1990, 674	91, 2
		OLG Köln v. 8. 5. 1991 – 11 U 279/90 rkr.	91, 262
		OLG Köln v. 28. 9. 1990 – 11 U 41/90	91, 147
		OLG Köln v. 12. 12. 1990 – 27 U 72/90	91, 183
		OLG Köln v. 14. 12. 1990 – 19 U 283/89 = VersR 1991, 565 – vgl. ebenso OLG Hamburg GI 11/81	91, 222
		OLG Köln v. 12. 4. 1991 – 11 U 41/90	91, 144
		OLG München v. 12. 4. 1990 – 6 U 5905/89	91, 84
		WPK-Mittlg. 1990, 278 = BB 1990, 875	
		OLG München v. 15. 5. 1990 – 1 U 3482/90 = NJW RR 1991, 191	91, 114
		OLG München v. 18. 12. 1990 – 3 Ob OWi 132/90	91, 207
		OLG Nürnberg v. 15. 11. 1990 – 8 U 387/90 = NJW RR 1991, 414	91, 144
BFH v. 22. 1. 1991 – X R 107/90 = DSrR 1991, 662	91, 248		

KG v. 1. 6. 1990 – 7 U 8026/89	91, 231
KG Berlin v. 19. 12. 1990 – 24 W 5932/90	91, 200
= AnwBl 1991, 348	

LG Bielefeld v. 5. 7. 1990 – 22 O 101/90	91, 2
LG Bonn v. 5. 2. 1990 – 6 S 442/89	91, 2
= Juristisches Büro 1990, 1317	
LG Hagen v. 21. 10. 1989 – 19 O 211/88	91, 200
= NJW RR 91, 541	
LG Hof v. 23. 1. 1990 – 1 O 328/89	91, 77
LG Karlsruhe v. 21. 8. 1990 – 2 O 313/89	91, 28
LG Kassel v. 21. 2. 1989 – 3 O 578/88 rkr.	91, 29
LG Kleve v. 5. 12. 1990 – 2 O 203/90	91, 62
LG Köln v. 24. 9. 1990 – 32 O 112/90	91, 222
LG Köln v. 27. 9. 1990 – 1 S 173/90	91, 114
= NJW RR 1991, 184	
LG Limburg v. 11. 4. 1990 – 2 O 125/88	91, 2
= VersR 1990, 1114	
LG Mannheim v. 14. 8. 1990 – 9 O 136/90	91, 138
= KaRS 1991, 159	
LG Mönchengladbach v. 24. 4. 1990 – 6 O 3/89 n. rkr.	91, 2

BezG Magdeburg v. 14. 3. 1991 – 4 S 2/91 rkr.	91, 200
= ZIP 1991, 546	

LAG Frankfurt v. 27. 2. 1991 – 9 Ta 301/90	91, 114
--	---------

BAG v. 9. 1. 1990 – 3 AZR 528/89; NJW 1990, 2707	91, 84
AG Siegburg v. 3. 9. 1987 – 7 C 171/87	91, 62
= NJW RR 1989, 155	
BFH v. 1. 2. 1990 – IV R 42/89	91, 84
= BB 1990, 1254	

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.